

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
Erstes Kapitel:	
Der Grundsatz der Gesetzesbestimmtheit.....	5
1. Abschnitt: Formen und Ursachen gesetzlicher Unbestimmtheit	5
I. Deskriptive und normative Tatbestandsmerkmale	5
II. Vagheit, Porosität, Mehrdeutigkeit, Inkonsistenz	6
III. „Klassifikatorische Begriffe“ und „Typusbegriffe“	8
IV. Begriffskern und Begriffshof	10
V. Das Verhältnis von Bestimmtheitsgrundsatz und Gleich- heitssatz	11
VI. Gesetzliche Unbestimmtheit durch Verweisung auf ander- weitige Normierungen.....	13
2. Abschnitt: Der allgemeine verwaltungsrechtliche Bestimmtheits- grundsatz	15
I. Inhalt	15
A. Allgemeines	15
B. Die Bestimmtheit der Normformulierung.....	21
C. Bestimmtheitsanforderungen bei Überantwortung der Rechtskonkretisierung auf den Rechtsanwendungs- prozess	27
1) Grundsätzlich keine Auslegungsprärogative der Exe- kutive bei unbestimmten Rechtsbegriffen	27
2) Die Überantwortung der Erfüllung von Bestimmtheits- anforderungen auf die Rechtsanwendungsinstanzen.....	29

3) Gesetzliche Unbestimmtheit als Delegation der Entscheidungskompetenz zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung?	33
D. Die Bedeutung des Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG für den Inhalt des allgemeinen verwaltungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatzes	36
1) Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG als spezielle Ausformung allgemeiner Bestimmtheitskriterien	36
2) Verschiedene Beschreibungen der nach Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG gebotenen Ermächtigungsbestimmtheit	38
E. Ergebnis: Lehre von der Evidenzkontrolle	40
II. Sedes materiae des allgemeinen verwaltungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatzes	44
A. Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	45
1) Entstehungsgeschichte	45
2) Der Vorbehalt des Gesetzes	47
a) Die Herleitung von Bestimmtheitskriterien aus dem Vorbehalt des Gesetzes	47
b) Das Verhältnis von Wesentlichkeitstheorie und Bestimmtheitsgrundsatz	49
3) Der Vorrang des Gesetzes	50
a) Die Auffassung von Gusy	50
b) Kritik	52
B. Der Grundsatz der Gewaltenteilung	53
1) Die vorherrschende Argumentation	53
2) Kritik	55
C. Die Grundrechte	58
1) Die Auffassung von Kunig	58
2) Kritik	59

D. Das allgemeine Rechtsstaatsprinzip	61
1) Die Argumentation über das allgemeine Rechtsstaatsprinzip	61
2) Kritik	61
E. Die Rechtssicherheit	63
1) Die Argumentation über das Prinzip der Rechtssicherheit	63
2) Die Unterscheidung von Rechtserkenntnissicherheit, Rechtsfortbestandssicherheit und Rechtsdurchsetzungssicherheit.....	64
3) Kritik	66
F. Das Demokratieprinzip	71
G. Die Rechtsschutzgarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	73
H. Der Bestimmtheitsgrundsatz: Ein verselbständigter ungeschriebener Grundsatz des positiven Verfassungsrechts? ..	75
I. Ergebnis.....	78

Zweites Kapitel:

Das Ermessen..... 82

1. Abschnitt: Erscheinungsformen des Ermessens (Verwaltungsermessen/richterliches Ermessen/gesetzgeberisches Ermessen)	82
I. Allgemeines	82
II. Gesetzgeberisches Ermessen	83
A. Legislativermessen.....	83
B. Normatives Ermessen	84

2. Abschnitt: Das Verwaltungsermessen	86
I. Rechtsgeschichtliche Entwicklung	86
II. Inhalt.....	87
A. Allgemeines	87
B. Ermessenscharakterisierende Gesetzesformulierungen	93
C. Gründe für die Einräumung von Verwaltungsermessen	94
D. Freies Ermessen - Gebundenes Ermessen.....	94
E. Intendiertes Ermessen	96
F. Kognitives Ermessen - Volitives Ermessen	97
G. Beurteilungsspielräume.....	98
1) Die Wesensverwandtschaft mit dem Rechtsfolge- ermessen.....	98
2) Charakteristika von Beurteilungsspielräumen.....	99
3) Beurteilungsspielräume bei Typusbegriffen.....	102
4) Kritik.....	103
5) Die normative Ermächtigungslehre.....	105

Drittes Kapitel:

Der Grundsatz der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung als besonderer steuerrechtlicher Bestimmtheitsgrundsatz..... 107

1. Abschnitt: Existenz und Inhalt des besonderen steuerrecht- lichen Bestimmtheitsgrundsatzes	107
I. Allgemeines	107
II. Die geschichtliche Entwicklung des steuerrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatzes.....	112

2. Abschnitt: Die Grundlage des besonderen steuerrechtlichen	
Bestimmtheitsgrundsatzes	115
I. Allgemeines	115
II. Der Mangel an Sachgesetzmäßigkeiten	116
III. Der Tatbestandsmäßigkeitssatz als Zwecksurrogat ...	119
IV. Der Tatbestandsmäßigkeitssatz als Ersatz für die fehlende Korrektivwirkung des Verhältnismäßigkeits- satzes	120
V. Das Demokratieprinzip	122
VI. Der Steuerbegriff	125
VII. Die Regelungen der §§ 38, 85 AO	126
VIII. Gewohnheitsrecht	128
IX. Der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung	129
A. Die geschichtliche Entwicklung	131
B. Der Inhalt des Grundsatzes der Gleichmäßigkeit der Besteuerung	132
1) Allgemeines	132
2) Die Grundlagen des steuerlichen Legislativvermes- sens	135
a) Die Erforderlichkeit besonderer Legitimations- grundlagen	135
b) Die besondere Bedeutung des Gleichbehand- lungsgebots	136
c) Die besondere Kompetenz zur konkreten Aus- gestaltung der steuerlichen Gerechtigkeits- kriterien	137
d) Keine Zulässigkeit der Übertragung der Kom- petenz zur Ausgestaltung der konkreten steuer- lichen Gerechtigkeitskriterien	139

e) Fazit/Stellungnahme.....	140
3. Abschnitt: Der Geltungsbereich des Grundsatzes der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung.....	141
I. Die Unterscheidung von den Bestimmtheitsanforderungen im nicht-steuerlichen Eingriffsrecht.....	141
II. Die konkreten Folgerungen aus dem Grundsatz der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung.....	145
A. Normen ohne materiell-steuerliche Auswirkung	145
B. Normen mit materiell-steuerlichem Regelungsgehalt	148
1) Differenzierte Bestimmtheitskriterien je nach Normcharakter?	148
a) Fiskalzwecknormen.....	148
b) Sozialzwecknormen/Vereinfachungszwecknormen..	150
c) Ergebnis.....	152
2) Eingeschränkte Bestimmtheitsanforderungen an Steuerentlastungstatbestände?	153
3) Tatbestandliche Bestimmtheit	156
4) Rechtsfolgenbestimmtheit	158
a) Allgemeines zur Geltung des Grundsatzes der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung auf der Rechtsfolgenseite	158
b) Zur Zulässigkeit von Rechtsverordnungen im steuerlichen Bereich	161
aa) Durchführungsverordnungen.....	161
bb) Materiell-rechtliche Rechtsverordnungen	162
cc) Der Umfang der Konkretisierungsbefugnis des Verordnungsgebers.....	166
III. Das kommunale Steuererfindungsrecht und der steuerliche Bestimmtheitsgrundsatz	168

IV. Gibt es ein Verbot steuerbegründender und steuerschärfender Analogie als Folge des steuerlichen Bestimmtheitsgrundsatzes?	172
A. Allgemeines	172
B. Besteht ein Analogieverbot aufgrund entsprechender Anwendung des strafrechtlichen Bestimmtheitsgebots des Art. 103 Abs. 2 GG?	174
C. Die Argumentation der herrschenden Judikatur	176
1) Belastende Analogie	176
2) Begünstigende Analogie	178
D. Kritik.....	179
1) Bewusste gesetzgeberische Nichtregelung.....	179
2) Unbewusste gesetzgeberische Nichtregelung.....	181

Viertes Kapitel:

Beurteilung einzelner Vorschriften der Abgabenordnung 1977

als Ermessensnormen oder als gebundene Vorschriften 187

1. Abschnitt: Die Niedrigerfestsetzung aus Billigkeitsgründen gemäß § 163 S. 1, 1. Alt. AO: Eine materiellrechtliche Ermessensentscheidung?	187
I. Allgemeines zu § 163 AO	187
II. Die Entstehungsgeschichte des § 163 AO.....	190
III. Das Wesen der Vorschrift.....	192
IV. Die Billigkeitsentscheidung.....	195
V. Das Verhältnis: Auslegung - Billigkeitsmaßnahme.....	197
VI. Der Anwendungsbereich	198

A. In zeitlicher Hinsicht	198
B. In sachlicher Hinsicht	199
1) Sachliche Unbilligkeit	200
2) Persönliche Unbilligkeit	204
VII. Die Normstruktur des § 163 S. 1, 1. Alt. AO als Ermessens-	
oder als gebundene Entscheidung	205
A. Die bisher vertretenen Auffassungen	205
1) Allgemeines.....	205
2) Die Lehre von der „einheitlichen Ermessensentschei-	
dung“	209
3) Kritik an der Lehre von der „einheitlichen Ermessens-	
entscheidung“	215
4) Die Lehre von der Koppelung von unbestimmtem	
Rechtsbegriff und Ermessensermächtigung	220
5) Kritik an der Lehre von der Koppelungsvorschrift	222
6) Die Lehre von der gebundenen Entscheidung auf-	
grund der Ermessensgrenze der Unbilligkeit	223
7) Kritik an der Lehre von der gebundenen Entschei-	
dung aufgrund der Ermessensgrenze der Unbillig-	
keit	225
B. Eigener Lösungsansatz	226
1) Die Normstruktur des § 163 S. 1, 1. Alt. AO im Lichte	
des Grundsatzes der Tatbestandsmäßigkeit der Be-	
steuerung	226
2) Die Normstruktur des § 163 S. 1, 1. Alt. AO im Hin-	
blick auf den Charakter der Vorschrift als Härteklau-	
sel	228

a) Allgemeines	228
b) Die Bedeutung von Härteklauseln für die Verfassungsmäßigkeit der generellen gesetzlichen Regelung.....	229
c) Lösungsversuche über die Ermessensreduktion.....	233
d) Kritik/Zwischenergebnis	236
3) Zum Spannungsverhältnis des § 163 S. 1, 1. Alt. AO mit dem steuerlichen Bestimmtheitsgrundsatz.....	242
4) Die Bedeutung von Rechtssicherheitserwägungen	244
5) Das Verhältnis der Niedrigerfestsetzung wegen sachlicher Unbilligkeit und der teleologischen Reduktion der Belastungsnormen	244
6) Die "Billigkeit" als vor die Klammer gezogenes weiteres Tatbestandsmerkmal des Besteuerungseingriffs	248
 2. Abschnitt: Der Erlass aus Billigkeitsgründen (§ 227 AO)	250
I. Anwendungsbereich	250
A. In sachlicher Hinsicht	250
B. In zeitlicher Hinsicht	250
II. Die Normstruktur des § 227 AO.....	252
A. Die herrschende Meinung	252
B. Abweichende Auffassungen	253
C. Präklusionswirkungen	254
1) Nach Ablehnung eines Antrags auf Niedrigerfestsetzung nach § 163 S. 1, 1. Alt. AO	254
2) Bei Nichtentscheid über eine Niedrigerfestsetzung nach § 163 S. 1, 1. Alt. AO wegen nicht rechtzeitigen Vortrags von Billigkeitsgründen	254

III. Kritik/Lösungsvorschlag	257
A. Bei Steuern	257
1) Die Obliegenheit des Steuerpflichtigen zu möglichst frühzeitigem Vortrag von Billigkeitsgründen.....	257
2) Die Folgerungen aus der Vortragsobliegenheit für die Normstruktur des § 227 AO	260
B. Bei anderen Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis .	263
 3. Abschnitt: Ermessen im Rahmen der Vollstreckung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	265
 4. Abschnitt: Ermessen im Zusammenhang mit der Heranziehung von Beziehern von Gewinneinkünften zur Außen- prüfung (§ 193 Abs. 1 AO)	266
I. Allgemeines	266
II. Geschichtliche Entwicklung.....	267
III. Wesen und Ziel der Außenprüfung.....	269
IV. Der Kreis der Prüfungsunterworfenen	270
V. Die Ermessensnorm des § 193 Abs. 1 AO und das Pro- blem der Vollzugsgerechtigkeit.....	272
A. Der Umfang des eingeräumten Ermessens	272
1) Allgemeines	272
2) Das Entschließungsermessen.....	274
a) Die Entscheidung, ob überhaupt Außenprüfun- gen durchgeführt werden	274
b) Die Entscheidung, ob eine Außenprüfung oder eine Prüfung an Amtsstelle vorgenommen wird....	275
c) Das Auswahlermessen	275

B. Defizite im tatsächlichen Vollzug, insbesondere im Hinblick auf den Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung	276
C. Gleichheitsrechtliche Probleme	277
D. Die Auswahlkriterien der Praxis.....	279
E. Die BpO als Mittel zu einer gleichheitskonformen Ermessensausübung?.....	282
F. Zur Verfassungsmäßigkeit der Ermessenseinräumung in § 193 Abs. 1 AO	283
VI. Ergebnis.....	286

Fünftes Kapitel:

Zusammenfassung..... 289

1. Abschnitt: Der Grundsatz der Gesetzesbestimmtheit im nicht-steuerlichen Verwaltungsrecht: Inhalt und Grundlagen.....	289
2. Abschnitt: Der Grundsatz der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung als besonderer Bestimmtheitsgrundsatz: Inhalt und Grundlagen.....	294
3. Abschnitt: Die Bedeutung des Grundsatzes der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung für die kommunale Steuerrechtsetzung.....	304

4. Abschnitt: Der Grundsatz der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung und das Verbot steuerbelastender Analogie.....	305
5. Abschnitt: Die Normstruktur der Billigkeitsvorschrift des § 163 S. 1, 1. Alt. AO	306
6. Abschnitt: Die Normstruktur der Erlassvorschrift des § 227 AO ..	312
7. Abschnitt: Das Ermessen bei der Vollstreckung von Ansprüchen der Finanzverwaltung (§ 249 AO).....	315
8. Abschnitt: Das Ermessen bei der Heranziehung von Beziehern von Gewinneinkünften zur Außenprüfung (§ 193 Abs. 1 AO)	315
Literaturverzeichnis	319